

POSTULAT von Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen), Andreas Erdin (GLP, Wetzikon) und Corinne Thomet-Bürki (CVP, Kloten)

betreffend Anreize für vertiefende und berufsfelderweiternde Qualifikationen an der Volksschule

Der Regierungsrat wird gebeten, Vorschläge auszuarbeiten, um möglichst viele Lehrpersonen der Volksschule zu motivieren, die Lehrberechtigung in zusätzlichen Fächern zu erhalten und/oder relevante Zusatzqualifikationen für die Umsetzung der integrativen Förderung oder als Berufscoach zu erwerben. Die dafür nötige Weiterbildung bzw. Zusatzqualifikation sollte zu attraktiven Bedingungen, berufsbegleitend und im Rahmen des Berufsauftrags mit vertretbarem Aufwand absolviert werden können. Dabei sollte insbesondere geprüft werden, wie solche vertiefenden bzw. berufsfelderweiternden Weiterbildungsanstrengungen mit immateriellen und materiellen Anreizen gefördert werden könnten.

Markus Späth-Walter
Andreas Erdin
Corinne Thomet-Bürki

Begründung:

Schon mit der Interpellation KR- Nr. 236/2006 wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche die modulare Ausbildung an den pädagogischen Hochschulen in der Schulpraxis, vor allem an kleineren Schulen, mit sich bringt. Primarlehrpersonen erwerben im Rahmen der Diplombildung die Lehrberechtigung in sieben bzw. acht (mit Zusatzfach «Religion und Kultur»), Sekundarlehrerinnen und Sekundarlehrer in fünf Fächern. Der Regierungsrat hat in seiner Interpellationsantwort die Problematik anerkannt, gleichzeitig aber der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass sich die Schwierigkeiten mit zunehmender Erfahrung eependeln würden. Vielfältige Rückmeldungen zeigen nun aber, dass dem nicht so ist.

Eine Überprüfung der bisherigen Praxis drängt sich deshalb auf. Dabei soll an der Diplombildung nichts geändert werden. Sie ist gesamtschweizerisch konzipiert und Grundlage für die gegenseitige Anerkennung der Lehrdiplome. Wenn aber der Berufsauftrag durch vermehrte integrierte Förderung erweitert wird, müssen auch die amtierenden Lehrpersonen entsprechend dafür qualifiziert werden. Die skizzierte Lösung setzt deshalb bei der Weiterbildung an. Sie möchte jene Lehrpersonen unterstützen und belohnen, die bereit sind, grössere Weiterbildungsanstrengungen zu unternehmen. Indem sie Zusatzqualifikationen - etwa im Bereich der Integration oder das Zertifikat für DaZ (Deutsch als Zweitsprache) - oder die Lehrberechtigung in weiteren Fächern erwerben, erweitern sie ihr Einsatzspektrum im Interesse der Schule.

Wir halten ausdrücklich am Grundsatz fest, dass Lehrpersonen nur Fächer unterrichten, für die sie tatsächlich auch ausgebildet sind. Der Erwerb von Zusatzqualifikationen sollte sich aber an der Berufserfahrung und vorhandenen Qualifikationen der Weiterbildungswilligen orientieren und berufsbegleitend und ohne massive Lohneinbusse möglich sein.

Breiter ausgebildete und besser qualifizierte Lehrpersonen entsprechen auch den Zielen, die mit dem Projekt Belastung / Entlastung und mit dem Schulversuch «Fokus: Starke Lernbeziehungen» angestrebt werden. Sie können dazu beitragen, den Koordinationsaufwand an den Schulen zu verringern und die Schulorganisation zu vereinfachen.

Die ins Auge zu fassenden Anreize sind keine Giesskannenmassnahme, sie sollen gezielt jenen zu gute kommen, die bereit sind, grössere Anstrengungen für ihre Höherqualifikation zu erbringen. Zu prüfen ist insbesondere auch, ob dem Anliegen durch die Aussicht auf einen Masterabschluss, durch Lohnanreize oder im Rahmen der Einführung des neuen Berufsauftrags Rechnung getragen werden könnte.